

Abiturprüfung 2003

GESCHICHTE

als Grundkursfach

Arbeitszeit: 210 Minuten

Der Prüfling bearbeitet z w e i Aufgaben nach seiner Wahl.

Als Hilfsmittel kann ein zugelassener Geschichtsatlas benutzt werden.

Am Ende jeder Teilaufgabe steht die maximal erreichbare Anzahl von Bewertungseinheiten (BE).

BAYERN AUF DEM WEG ZUM MODERNEN STAAT

- 1 [22 BE]
- 1.1 Stellen Sie die Grundzüge der bayerischen Außenpolitik und ihre Motive in der Ära Montgelas (1799-1817) dar!
- 1.2 Erläutern Sie unter Verwendung eines Geschichtsatlas die Hauptlinien der Gebietsentwicklung des bayerischen Staates von 1803 bis zum Wiener Kongress und charakterisieren Sie dessen Ergebnisse für Bayern!
- 2 [20 BE]
- 2.1 Skizzieren Sie die wichtigsten Prinzipien und Inhalte der bayerischen Verfassung von 1818!
- 2.2 Beim erstmaligen Zusammentritt des Landtags (1819) wurde in Kreisen der bayerischen Abgeordneten die Auffassung vertreten, von Bayern gehe die Idee der politischen Freiheit in Deutschland aus. Überprüfen Sie diese Auffassung vor dem zeitgenössischen Hintergrund und unter Rückgriff auf Ihre bisherigen Ergebnisse!
- 3 Erörtern Sie die Bedeutung von Verfassungsfragen als Ursache von Revolutionen am Beispiel der Revolution von 1848/49 in Bayern und der Revolution von 1918/19 im Reich! [18 BE]

[Summe: 60 BE]

DIE NEUORDNUNG EUROPAS UND DIE WEIMARER REPUBLIK

- 1 [18 BE]
- 1.1 Ordnen Sie den Wahlaufruf (M1) und das Wahlkampfplakat (M2) der SPD in den historischen Zusammenhang ein!
- 1.2 Erarbeiten Sie aus M1, wie sich die SPD von ihren politischen Gegnern abzugrenzen versucht, und vergleichen Sie damit die Aussagen von M2!
- 2 [22 BE]
- 2.1 Stellen Sie dar, wie sich die politischen Verhältnisse in der Endphase der Weimarer Republik nach der Wahl vom 14. September 1930 veränderten!
- 2.2 Erörtern Sie, inwiefern wirtschaftliche Aspekte zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen haben! Berücksichtigen Sie dabei auch die Aussagen von M1!
- 3 Charakterisieren Sie das Verhältnis der SPD zur jeweiligen staatlichen Ordnung zwischen dem Kaiserreich und der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland bzw. der DDR! [20 BE]

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

M1: Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. Juli 1930 zur Reichstagswahl am 14. September 1930

Wähler und Wählerinnen der Deutschen Republik! Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet! Das Kabinett Brüning regiert mit dem Artikel 48! Zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie, Arbeit und Kapital, Demokratie und Diktatur fällt am 14. September die Entscheidung! Es ist nicht wahr, dass der Reichstag versagt hat. Die Regierung Brüning hat versagt. Ihr einziges Bestreben war darauf gerichtet, die Sozialdemokratie, die politische Vertretung der Arbeiterklasse, auszuschalten und mit den Großindustriellen und den Großgrundbesitzern zu regieren. Daran ist sie gescheitert.

Millionen Menschen sind arbeitslos, andere Millionen in ihrer Existenz bedroht. Die Wirtschaftskrise, in die fast alle Länder der Welt hineingerissen sind, fordert immer neue Opfer. Diese Krise ist das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie, nicht des Young-Planes. Sie trifft die Länder der Sieger wie der Besiegten. Schwere Lasten für alle Volksschichten sind zur Linderung der Not, zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlich. Die Regierung Brüning wollte die Reichen und Leistungsfähigen verschonen und die Lasten den Armen und Schwachen auflegen. [...]

Unter dem Kabinett Hermann Müller ist es der Sozialdemokratie gelungen, gefährliche Anschläge der Reaktion zurückzuweisen und wertvolle Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erzielen. Damals konnten die Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung abgewehrt, Löhne und Gehälter geschützt werden. Als Ende 1928 die rheinischen Großindustriellen eine Viertelmillion Arbeiter aussperrten, um die Löhne zu senken, wurden die Ausgesperrten aus Reichsmitteln unterstützt, und der Angriff wurde abgeschlagen. Die Regierung Brüning dagegen hat im Mai 1930 [...] einer Lohnkürzung zugestimmt und damit das Signal zu einer allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter gegeben, ohne das Versprechen der Preissenkung einlösen zu können, weil sie die Kartelle und Trusts unbehelligt ließ. Es folgte die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, die Verkürzung der Zuschüsse für Invaliden und Wöchnerinnen, die unter der Regierung Müller erhöht worden waren.

Der Kampf der Sozialdemokratie gegen diese soziale Reaktion ist nicht nur ein Kampf um das Recht des Parlaments, sondern auch ein Kampf um das Recht des Volkes. Dieses Recht des Volkes wollen auch die Nationalsozialisten, die erklärten Anhänger der Diktatur, vernichten. Sie wollen die brutale Gewalt mit Messer und Revolver zum staatlichen System erheben. Dabei leisten ihnen die Kommunisten durch ihre Kampfmethoden wie durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft wertvolle Dienste.

(Fortsetzung nächste Seite)

Wähler und Wählerinnen, nicht die Diktatur soll regieren, sondern die Demokratie. Das Kapital will herrschen durch Diktatur. Demokratie aber ist Herrschaft des arbeitenden Volkes. Ohne Demokratie kein sozialer Fortschritt, keine Gesundung der Wirtschaft, keine Beseitigung von Not und Elend! Wähler und Wählerinnen, setzt euch zur Wehr gegen den Bürgerblock und seine Helfer! Gegen die Regierung Brüning, die mit dem Großkapital verbrüdet ist und die Rechte der Arbeiterklasse niederschlagen will! Vorwärts zum Kampf für Demokratie und Sozialismus, für das arbeitende Volk, für die Sozialdemokratie!

M2: Wahlkampfplakat der SPD vom 15. August 1930 zur Reichstagswahl am 14. September 1930



III

DEUTSCHLAND UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS – INTERNA-
TIONALE POLITIK UND ZWEITER WELTKRIEG

- 1 [20 BE]
- 1.1 Stellen Sie die außenpolitische Entwicklung in Europa im Jahr 1939 bis zum Zeitpunkt der beigelegten Aufzeichnung dar!
- 1.2 Erarbeiten Sie aus dem Text die Einschätzung der Stärke Englands und Frankreichs durch Ribbentrop und Stalin! Überprüfen Sie anhand des späteren Kriegsverlaufs, inwiefern sich diese Einschätzung bestätigte!
- 2 Fassen Sie den Inhalt des Hitler-Stalin-Paktes zusammen und legen Sie die jeweiligen Motive für seinen Abschluss dar! [10 BE]
- 3 Charakterisieren Sie das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Kommunismus unter Bezugnahme auf die NS-Ideologie und auf innen- sowie außenpolitische Maßnahmen in den Jahren 1933 bis 1939! [12 BE]
- 4 Nehmen Sie unter Rückgriff auf geeignete Beispiele Stellung zu der Frage, inwieweit auch die Sowjetunion unter Stalin Verantwortung für Zerstörungen und Leid im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit trug! [18 BE]

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

Aufzeichnung des vortragenden Legationsrates Hencke (dem Reichsaußenminister zugeteilt)

Ganz geheim!

Moskau, den 24. August 1939

Aufzeichnung über eine in der Nacht vom 23. zum 24. August zwischen dem Herrn Reichsaußenminister [von Ribbentrop] einerseits sowie Herrn Stalin und dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare Molotow andererseits geführte Unterhaltung

Es wurden folgende Fragen erörtert:

1) Japan: [...]

2) Italien: [...]

3) Türkei: [...]

4) England: Die Herren Stalin und Molotow äußerten sich in absprechender¹ Weise über die englische Militärmission in Moskau, die der Sowjetunion niemals gesagt habe, was sie eigentlich wolle.

Der Herr RAM [Reichsaußenminister] erklärte hieran anknüpfend, dass England stets den Versuch gemacht habe und noch mache, die Entwicklung guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu stören. England sei schwach und für seinen anmaßenden Anspruch auf die Weltherrschaft wolle es andere kämpfen lassen.

Herr Stalin stimmte lebhaft zu und bemerkte Folgendes: Die englische Armee sei schwach; auch der britischen Seeflotte komme nicht mehr ihre frühere Bedeutung zu. Die Luftflotte Englands sei zwar im Aufbau begriffen, es herrsche aber Mangel an Fliegern. Wenn England trotzdem die Welt beherrsche, so läge das an der Dummheit der anderen Länder, die sich immer wieder bluffen ließen. Es sei lächerlich, dass z. B. einige hundert Engländer Indien beherrschten.

Der Herr RAM stimmte zu und teilte Herrn Stalin vertraulich mit, dass England in diesen Tagen einen neuen Fühler ausgestreckt habe, der mit gewissen Andeutungen an das Jahr 1914 verknüpft sei. Es handele sich dabei um ein typisch englisches, dummes Manöver. Der Herr RAM habe dem Führer vorgeschlagen, den Engländern mitzuteilen, dass Deutschland jede feindselige britische Handlung im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes mit einem Bombenangriff auf London beantworten würde.

Herr Stalin bemerkte, bei dem Fühler handle es sich offenbar um den Brief Chamberlains an den Führer, den der Botschafter Henderson am 23. VIII. [1939] auf dem Obersalzberg übergeben habe. Herr Stalin äußerte ferner die Ansicht, dass England trotz seiner Schwäche schlau und hartnäckig Krieg führen würde.

(Fortsetzung nächste Seite)

5) Frankreich: Herr Stalin gab der Meinung Ausdruck, dass Frankreich immerhin eine beachtliche Armee habe.

Der Herr RAM wies seinerseits die Herren Stalin und Molotow auf die zahlenmäßige Unterlegenheit Frankreichs hin. Während Deutschland über eine Jahresklasse von mehr als 300 000 Soldaten verfüge, könne Frankreich jährlich nur 150 000 Rekruten einberufen. Der Westwall sei fünfmal stärker als die Maginot-Linie. Wenn Frankreich mit Deutschland Krieg führen wolle, würde es unter allen Umständen besiegt werden.

6) Antikominternpakt: [...]

7) Einstellung des deutschen Volkes zu dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt: Der Herr RAM führte aus, er habe bereits feststellen können, dass alle Schichten des deutschen Volkes, u[nd] zw[ar] gerade die einfachen Leute, die Verständigung mit der Sowjetunion auf das Lebhafteste begrüßten. Das Volk fühle instinktiv, dass es zwischen Deutschland und der Sowjetunion keine natürlichen Gegensätze gebe und dass die Entwicklung guter Beziehungen bisher nur durch ausländische Machenschaften, insbes[ondere] seitens Englands, gestört worden sei.

Herr Stalin erwiderte, dass er dies gern glaube. Die Deutschen wünschten den Frieden und begrüßten daher freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion.

Der Herr RAM warf hier ein, es treffe sicher zu, dass das deutsche Volk den Frieden wünsche, andererseits sei aber die Empörung gegen Polen so groß, dass jeder Einzelne zum Kampf bereit sei. Das deutsche Volk würde sich die polnischen Provokationen nicht länger gefallen lassen.

8) Trinksprüche: Im Laufe der Unterhaltung brachte Herr Stalin spontan mit folgenden Worten einen Trinkspruch auf den Führer aus: „Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.“ [...]

Wiederholt tranken die Herren Molotow und Stalin auf den Nichtangriffspakt, die neue Ära der deutsch-russischen Beziehungen und auf das deutsche Volk.

Der Herr RAM brachte seinerseits einen Trinkspruch auf Herrn Stalin sowie Trinksprüche auf die Sowjetregierung und auf eine glückliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus.

9) Bei der Verabschiedung erklärte Herr Stalin dem Herrn RAM wörtlich: Die Sowjetregierung nehme den neuen Pakt sehr ernst, er könne auf sein Ehrenwort versichern, dass die Sowjetunion ihren Partner nicht betrügen würde.

Hencke

¹ im Sinne von „abwertend“

IV

BEDINGUNGEN UND PROBLEME DES NEUBEGINNS NACH DEM ENDE DES KRIEGES – DEUTSCHLAND SEIT DEN FÜNFZIGER JAHREN

1 Beschreiben Sie Grundzüge der weltpolitischen Entwicklung in den 1960er Jahren! [12 BE]

2 [30 BE]

2.1 Erarbeiten Sie aus dem Text (M1) die Haltung Robert Havemanns zur Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland!

2.2 Interpretieren Sie die Karikatur (M2) im Hinblick auf das vom Zeichner vermittelte Bild der DDR!

2.3 Überprüfen Sie, ob die Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten in den 1970er Jahren Hoffnungen und Forderungen Havemanns erfüllte bzw. die Sichtweise des Karikaturisten bestätigte!

3 *Kein Deutscher wurde nach seiner Meinung über die von ihm gewünschte staatliche Ordnung gefragt und kein Deutscher hat über die Aufteilung Deutschlands unter die Siegermächte entschieden.*

Erörtern Sie vor dem Hintergrund dieser Aussage Havemanns zur Situation nach 1945 die Frage, inwieweit der Gründungsprozess der beiden deutschen Staaten bzw. ihre staatliche Wiedervereinigung Elemente „nationaler Selbstbestimmung“ aufweist! [18 BE]

[Summe: 60 BE]

(Fortsetzung nächste Seite)

M1: Aufsatz des ostdeutschen Regime-Kritikers Robert Havemann¹ anlässlich des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1965 (Auszüge)

Man beruft sich in der Bundesrepublik so gern darauf, ihre staatliche Ordnung beruhe auf dem freien Votum ihrer Bürger. Die staatliche Ordnung der Bundesrepublik rührt aber einfach daher, dass ihr Gebiet Besatzungsgebiet der Westmächte ist. Kein Deutscher wurde nach seiner Meinung über die von ihm gewünschte staatliche Ordnung gefragt und kein Deutscher hat über die Aufteilung Deutschlands unter die Siegermächte entschieden. Deutschland wurde in Ost und West gespalten, weil die Welt in Ost und West gespalten ist. Wer die Bundesrepublik als den einzig „rechtmäßigen“ deutschen Staat und die DDR als „Zone“ ansieht, vertagt die Wiedervereinigung auf den Sanktnimmerleinstag. Wer nicht bereit ist, mit der Regierung der DDR über Fragen des friedlichen Zusammenlebens und über die Abwendung der schwersten Folgen der deutschen Spaltung zu verhandeln, weil für ihn der Staat DDR nur „angeblich“ existiert und weil ihm vielleicht Walter Ulbricht nicht gefällt, handelt gegen die elementarsten Interessen des deutschen Volkes, gräbt den Graben, der uns trennt, tiefer und tiefer und ist letztlich verantwortlich für Mauer und Trennung der Familien, für die ganze beschämende Tragödie des deutschen Bruderzwistes.

Die Behauptung, von der sich bis heute nicht einmal die SPD distanziert hat, die Hallstein-Doktrin wirke der Verewigung der Spaltung Deutschlands entgegen, weil sie die Legalisierung der Spaltung durch die diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Staaten verhindere, ist eine geradezu phantastische Verdrehung des wahren Tatbestandes. Nur eins daran ist wichtig: Von jedem Staat, der die Hallstein-Doktrin respektiert, wird verlangt, dass er den Anspruch Bonns auf Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik anerkennt, ein Akt, der nur mit Gewaltanwendung oder durch Kapitulation vor Gewaltandrohung erreicht werden könn[t]e. Weil dieser Anspruch so völlig unreal ist, wird die Hallstein-Doktrin auch in der westlichen Welt nur noch als formales Bonner Tabu behandelt, das im Grunde nicht ernst zu nehmen ist. Es ist eben ein Relikt aus dem Arsenal Adenauers und Dulles². Die bündnisfreien Länder haben längst entdeckt, dass man mit Hilfe der Hallstein-Doktrin glänzend Geschäfte auf Kosten Bonns machen und trotz formaler Beachtung der Doktrin in immer engere Beziehungen zur Regierung der DDR treten kann. Die Milliarden, die Bonn dem Phantom der Hallstein-Doktrin geopfert hat, werden bald endgültig verloren sein, wenn eine neue Bundesregierung nicht noch in letzter Minute die Hallstein-Doktrin in den Orkus befördert. [...] Der Wiedervereinigung bringt sie uns keinen Schritt näher – im Gegenteil: Sie ist das erste Hindernis, das weggeräumt werden muss und das auch leicht weggeräumt werden kann. Nicht nur wir Deutschen in Ost und West, auch Bonns Verbündete werden erleichtert aufatmen.

(Fortsetzung nächste Seite)

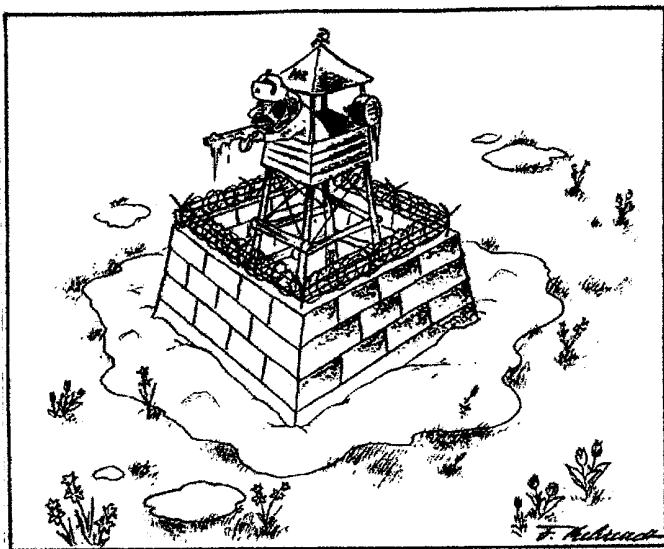
Die Politik der friedlichen Koexistenz von Kapitalismus und Kommunismus erfordert aus Gründen, die offen zutage liegen, enge wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit der östlichen und der westlichen Hemisphäre. Weil diese Politik, von deren Erfolg unser aller Leben abhängt, noch keineswegs hinreichend gesichert ist, weil ihr ständig neue Gefahren drohen, muss das Ziel der ost-westlichen Kooperation auf schnelle und sichtbare Erfolge gerichtet sein. Die Gefahr eines atomaren Konfliktes in Europa ist heute praktisch nicht mehr existent. Alle mit dieser früher bestehenden Gefahr zusammenhängenden politischen und militärischen Maßnahmen der Nachkriegszeit verlieren mehr und mehr ihren Sinn und Wert. Gefahrdrohend ist nur noch die Situation in Deutschland. Sie kann und muss schnell geändert werden. In der Wahl der richtigen Reihenfolge der einzelnen Schritte ergeben sich für beide Seiten interessante Chancen. [...]

Es sind gefährliche Tabus, die die westdeutsche Nachkriegspolitik aufgerichtet hat, weit gefährlicher als alle Tabus, die der Westen dem Osten vorwirft. Aber die Zeit dieser Tabus ist vorüber. Die falschen Wunschträume müssen aufgegeben werden. Wer will, dass die Tabus auf der anderen Seite abgebaut werden, muss bei sich selbst anfangen. Denn die Tabus der einen Seite bedingen oft die der anderen. Vor einer neuen Bundesregierung steht die historische Aufgabe, eine Politik der wachsenden Schrittweite zu wagen. Ohne diese größeren und größeren Schritte wird es nie gelingen, die zehntausend kleineren Schritte zu gehen, die in die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschland führen.

¹ Robert Havemann, Naturwissenschaftler, geboren 1910 in München, seit 1949 in der DDR lebend, gestorben 1982 in Grünheide bei Berlin (DDR)

² John Foster Dulles, 1953 – 1959 amerikanischer Außenminister

(Fortsetzung nächste Seite)

M2: Fritz Behrendt: „Taufwetter mit Einschränkung“, 1967

Anmerkung: Abgebildet ist Walter Ulbricht, 1967 SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR. Das Dach des Turms trägt die Aufschrift *DDR*.